



Joe Biden feiert den Wahlsieg mit seiner Familie in Wilmington. Auch Deutschland setzt große Hoffnungen auf ihn.

Chance auf den Neuanfang

Deutschland setzt große Hoffnungen auf den gewählten US-Präsidenten Biden – Doch wie begründet sind sie?

Die Gratulation von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ließ nicht lange auf sich warten. Nur eineinhalb Stunden, nachdem klar war, dass Joe Biden bei der US-Präsidentenwahl uneinholbar vor Donald Trump liegt, übermittelte sie ihre Glückwünsche: „Ich wünsche ihm von Herzen Glück und Erfolg und gratuliere ebenso Kamala Harris, der gewählten ersten Vizepräsidentin ihres Landes.“

Unter den internationalen Gratulanten war Merkel damit ganz vorn dabei. Kein Wunder, denn in kaum einem anderen Land dürfte die Freude über den Sieg Bidens so groß sein wie in Deutschland. In Umfragen vor der Wahl wünschte sich eine große Mehrheit der Bundesbürger einen Machtwechsel im Weißen Haus, nur jeder Zehnte setzte auf Amtsinhaber Donald Trump. In den knapp vier Jahren seit dessen Vereidigung sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen auf einen Tiefpunkt abgestürzt. Der „America First“-Präsident hat die stärkste Wirtschaftsmacht Europas nicht wie einen Verbündeten, sondern wie einen Gegner behandelt, den er in einem Atemzug mit China und Russland nannte und sogar mit Sanktionen traktierte.

Entsprechend groß ist nun die Erleichterung im politischen Berlin über alle Parteigrenzen hinweg. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier rief in einem langen Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ eindringlich dazu auf, die großen Chancen, die sich nun bieten, auch zu nutzen: „In den für uns wirklich existenziellen Fragen könnte der Unterschied zwischen den schwierigen, ja zerstörerischen vergangenen vier Jahren und dem, was die kommenden vier Jahre an Chancen bieten, kaum größer sein.“ Amerika habe sich entschieden. Darin liege Deutschlands Chance. „Es ist unsere Verantwortung, sie auch be-

herzt zu ergreifen“, appellierte er. Die Bundesregierung bereitet sich bereits darauf vor, eine diplomatische Offensive zur Erneuerung der transatlantischen Beziehungen zu starten.

Ganz einfach wird das aber nicht. Denn es gibt zwei maßgebliche Probleme: Biden wird die US-Politik gegenüber Deutschland wahrscheinlich weniger radikal ändern, als man sich das in Berlin wünscht. Zugleich ist die Berliner Regierungskoalition uneins, wo sie in den transatlantischen Beziehungen denn eigentlich hin will.

Eines wird sich unter Biden in den deutsch-amerikanischen Beziehungen aber ganz sicher sofort ändern: der Umgang miteinander. Zuletzt gab es kaum noch Kommunikation auf höherer Ebene. Vom geplanten US-Truppenabzug erfuhr die Bundesregierung beispielsweise erst aus den Medien, und Deutschland zählte international zu den Lieblingszielen von Trumps Twitter-Tiraden.

Die zweite wesentliche Veränderung: Anders als der Nationalist Trump bekennt sich Biden zur in-

ternationalen Zusammenarbeit und den zugehörigen Institutionen – allen voran zu den Vereinten Nationen, für die Trump vor allem Verachtung übrig hat. Der erfahrene Außenpolitiker Biden – der Vizepräsident unter Trump-Vorgänger Barack Obama war und als Senator dem Auswärtigen Ausschuss vorsteht – verspricht unter anderem, den Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu revidieren. Während Trump mit einem Ausstieg aus der Nato drohte, will Biden das Bündnis stärken. Viele konkrete Streitpunkte zwischen Deutschland und den USA aus der Ära Trump werden aber auf dem Tisch bleiben. Die drei größten:

1 Nord Stream 2: Die Kritik an der Ostseepipeline von Russland nach Deutschland ist in den USA parteiübergreifend. Im Kongress haben sowohl Republikaner als auch Demokraten Sanktionen gegen Beteiligte am Bau unterstützt, um das Projekt zu stoppen. Noch als US-Vizepräsident nannte

Biden die Pipeline, die russisches Erdgas nach Deutschland bringen soll, „einen fundamental schlechten Deal für Europa“.

2 Verteidigungsausgaben: Die USA drängen Deutschland schon lange, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Das war schon vor Trump unter Präsident Obama und Vizepräsident Biden so und wird sich sicher jetzt auch nicht ändern. Die Bundesregierung hat bisher nur 1,5 Prozent bis 2024 zugesagt.

3 US-Truppen: Das Biden-Team hat im Wahlkampf eine Überprüfung des von Trump angekündigten Abzugs von einem Drittel der in Deutschland stationierten Soldaten versprochen. Ganz rückgängig gemacht wird die Entscheidung aber wohl nicht. Nach einer Umfrage des Chicago Council on Global Affairs sind auch fast zwei Drittel der Demokraten dafür, die US-Truppenstärke in Deutschland wie von Trump angekündigt oder sogar noch darüber hinaus zu reduzieren.

In der Bundesregierung laufen derzeit schon lange Vorbereitungen auf den Tag X einer Amtsübergabe. Außenminister Heiko Maas (SPD) sprach am Wochenende von einem „New Deal“, den man nun mit den USA finden müsse. „Wir werden konkrete Vorschläge machen, wie wir die transatlantischen Reihen schließen können: Im Umgang mit Akteuren wie China, beim Klimaschutz, beim globalen Kampf gegen die Coronapandemie“, versprach er. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat in einer Grundsatzrede kurz vor der US-Wahl bereits vier konkrete Vorschläge gemacht, was Deutschland den USA jetzt anbieten müsse:

- eine weitere Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben
- das Bekenntnis zur deutschen Beteiligung an der atomaren Abschreckung gegenüber Russland
- das Aushandeln eines Abkommens zwischen der EU und den USA zum Abbau aller Handels-

hemmnisse als Signal an den gemeinsamen Konkurrenten China

- die Entlastung der USA als Ordnungsmacht durch ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands in Europa und seiner Nachbarschaft

Gerade die militärischen Komponenten dieses Vorschlags kommen beim Koalitionspartner SPD aber nicht so gut an. Bundestagsfraktionschef Rolf Mützenich hat sich erst vor wenigen Monaten mit Unterstützung der Parteispitze für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland ausgesprochen. Kurz nach der Wahl forderte er eine stärkere Abkoppelung Deutschlands von den USA. Das löste wiederum bei der Union Empörung aus. Der für Außenpolitik zuständige CDU-Fraktionsvize Johann Wadephul nannte die Äußerung „unverantwortlich“, „abenteuerlich“ und „undurchdacht“.

Der Koalitionsstreit über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen ist also schon da. Und die Bereitschaft in Union und SPD, sich in strittigen Fragen zu einigen, wird in den nächsten Monaten wohl zusehends schwinden. Denn nach dem US-Wahlkampf steht der Bundestagswahlkampf in Deutschland vor der Tür.

Steinmeier rief am Sonntag trotz aller Schwierigkeiten dazu, aktiv auf einen Neuanfang hinzuwirken und die Bedenken hintanzustellen. Die Skeptiker würden das Wesentliche übersehen, mahnte er: „Sie laufen damit Gefahr, die große Chance zu verpassen, die sich Deutschland jetzt bietet.“ In einem Gastbeitrag für die „FAZ“ schrieb er, mit Biden werde es wieder ein Amerika geben, das um die Bedeutung von Allianzen und Verbündeten wisse. „Ein Amerika, das seine Macht nicht allein als Macht über andere versteht, sondern als Macht zum Erreichen gemeinsamer Ziele.“ Michael Fischer/Can Meroy



Streitpunkte, die das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA auch unter einer Präsidentschaft Joe Bidens belasten werden: der Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 (links) und die Frage, wie sehr Deutschland die USA als Ordnungsmacht entlastet.



Fotos: dpa

Wahl-Splitter

Wolkenkratzer lassen Ergebnis strahlen

Zahlreiche Hochhäuser in New York haben nach der Verkündung des US-Wahlergebnisses ihre Spitzen in den Farben der US-amerikanischen Flagge leuchten lassen. Die Spitze des Empire State Buildings leuchtete in Rot, Weiß und Blau, das sei aus Anlass des Wahlsieges von Joe Biden und Kamala Harris. Andere Wolkenkratzer wie die Bank of America und der Bloomberg Tower schlossen sich an.

Wie entwickelt sich das Verhältnis zu Europa?

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger rechnet damit, dass auch mit einem künftigen US-Präsidenten Joe Biden das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Europa nicht sofort harmonisch wird. „Es wäre ein großer Fehler anzunehmen, dass durch den möglichen Machtwechsel in Amerika all das zurückgedreht würde, was den Europäern in letzter Zeit Kopfzerbrechen berei-

tet hat“, sagte Kissinger der „Welt am Sonntag“. Er sei aber davon überzeugt, dass Biden „außenpolitisch gemäßigt und durchdacht“ vorgehen werde.

Scholz warnt vor Spaltung auch bei uns

Der deutsche Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sieht in der von Manipulationsvorwürfen durch US-Präsident Donald Trump überschatteten Stimmauszählung bei der Präsidentschaftswahl auch eine

Warnung an Deutschland. „Die Auszählung der Stimmen in den USA war nicht nur ein tagelanger Politkrimi, sondern er ist auch eine eindringliche Warnung. Eine Warnung auch an uns in Deutschland, wohin es führen kann, wenn eine Gesellschaft sich spalten lässt“, schreibt der Finanzminister in einem Gastbeitrag in der „Bild am Sonntag“. Die Spaltung sei keine Erfindung Trumps, sondern habe es schon vorher gegeben. „Der US-Präsident hat sie nur aufgegriffen und in seiner Amtszeit

gnadenlos politisch ausgebeutet und vertieft.“

Das Klima hat jetzt eine Chance

Die Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung sehen im Sieg von Joe Biden eine große Chance für das Klima. „Joe Biden und Kamala Harris können sich jetzt wirklich dafür einsetzen, dass die ganze Welt auf einen unaufhaltsamen Weg in Richtung Ausstieg aus fossilen Brennstoffen ge-

bracht wird“, sagte der Co-Chef des Instituts, Johan Rockström.

Asselborn: Die Welt atmet durch

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn sieht in der Wahl Joe Bidens einen Moment, „in dem die ganze Nervosität der Welt eingedämmt werden kann“. „Millionen Menschen auf der Welt sind froh, dass das vierjährige Spektakel vorüber ist“, sagte er mit Blick auf die Amtsperiode Trumps.